

Der Wahlkreisbrief

Neues aus dem Wahlkreis 23

3/2010

Danny Eichelbaum sendet Ihnen den Wahlkreisbrief zu seiner Arbeit als Abgeordneter im Landtag Brandenburg

Inhalt

Neues aus dem Wahlkreis

Aktuelle Themen aus dem Landtag

Nachrichten aus dem Landkreis Teltow-Fläming

Termine im Monat Oktober



Neues aus dem Wahlkreis

Struveshof wird 2012 fertig - Neuer Haltepunkt behindertengerecht und vandalismussicher

„Der mobilitätsbeschränkte Reisende“ hat es schwer – zumindest auf den Bahnhöfen Genshagener Heide und Großbeeren; dort gibt es in der Genshagener Heide in beide Richtungen und in Großbeeren in Richtung Berlin lediglich Treppen.

Das Wortungetüm, das Kristin Kobs, die Leiterin des Bahnhofsmanagements in Potsdam, gestern bei einem Politikertreff auf dem Bahnhof Genshagener Heide so locker im Munde führte, bedeutet nichts anderes, als dass ein Behinderter, der allein keine Treppen überwinden kann, diese beiden Bahnhöfe auch nicht nutzen kann. „Zumindest beim Bahnhofsbaubau in Großbeeren war das aber mit den Behindertenverbänden abgesprochen“, so die Managerin, und erklärt, dass ein behinderter Reisender seine Fahrt rechtzeitig anmelden und von einem anderen Bahnhof aus starten sollte. „Es ist bei uns hinterlegt, dass dann die Bahnhöfe Teltow und Birkengrund in Frage kommen“, sagt Kristin Kobs.



Danny Eichelbaum beim Vor-Ort Termine auf den Bahnhöfen Genshagener Heide und Großbeeren am 04.08.2010 mit der Bahnhofsmanagerin der Deutschen Bahn AG Frau Kobs und Herrn Detlef Helgert

Für den Bahnhof Genshagener Heide – dort einst mitten in der Landschaft wegen des kurzen Wegs zum Autowerk Ludwigsfelde angelegt – erledigt sich das Problem in den kommenden zwei Jahren. Wie berichtet wird der Haltepunkt in den Ludwigsfelder Stadtteil Struveshof verlegt. Wie weit die Planung mit den behindertengerechten Zugängen ist, darüber informierte sich gestern vor Ort der CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum. Und erfuhr, dass die Entwurfsplanung für den neuen Haltepunkt mit Bauunterlagen, Finanzierung und Personenprognosen bis zum Jahresende beim Eisenbahnbundesamt eingereicht werde, so Kobs. Was die Umverlegung kostet, das könne jetzt allerdings noch nicht gesagt werden. Zu diesen Kosten gehöre aber auf jeden Fall „auch der Rückbau des Bahnhofs Genshagener Heide“, so die Frau von der Bahn. Realisiert werde der Bau des Haltepunkts Struveshof im nächsten und übernächsten Jahr. „Das passt ja dann mit der Inbetriebnahme des Flughafens BBI“, stellt Eichelbaum fest. Mit dabei war sein Ludwigsfelder Parteikollege, der Stadtverordnete Detlef Helgert. Der kennt die Fakten zum Haltepunkt Struveshof aus den Diskussionen in den Ludwigsfelder Ausschüssen und mahnt den Lärmschutz an. „Bitte die Lautsprecher nicht in Richtung der Anwohner ausrichten. Und Lärmschutzwände sind an bestimmten Abschnitten vor allem wegen der osteuropäischen Güterzüge nötig. Egal, wo man in Ludwigsfelde wohnt – von der einen oder anderen Bahnstrecke bekommt man immer etwas ab.“

Er lobte jedoch den Lärmschutz am Wohngebiet Preußenpark, „dort ging es ja auch auf einmal ruckzuck damit“. Seinem Ansinnen, wegen der Zerstörungsgefahr wenigstens Videoatruppen am Tunnel Ludwigsfelde und am künftigen Haltepunkt anzubringen, erteilte die Bahnmanagerin eine Abfuhr: „Das geht rechtlich nicht. Außerdem wird der Haltepunkt vandalismussicher ausgestattet“, so Kobs.

Nebenbei erfuhr CDU-Politiker Eichelbaum gestern auch: Die geplante Videoüberwachung des Fußgängertunnels am Bahnhof Ludwigsfelde und die Ausstattung des Bahnhofs in Zossen mit Wegeleitsystem, Bänken und Tafeln, die ist wegen der Haushaltssperre des Landes auf unbestimmte Zeit verschoben. (Von Jutta Abromeit)

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 05.08.2010

Minister bekam Unterschriften

2003 Unterschriften für den Erhalt der Ludwigsfelder Polizeiwache übergaben die TF-Kreisvorsitzenden von CDU, Danny Eichelbaum, und SPD, Frank Gerhard, gestern an Innenminister Rainer Speer (SPD). Hintergrund ist die Beunruhigung um die Verringerung der Polizeiwachen im Land von 50 auf 16, betroffen wäre auch der geplante Neubau in Ludwigsfelde. Beide Politiker sehen beim Wegfall das Sicherheitsempfinden der Bürger schwinden und Einsatzzeiten deutlich wachsen. Am 7. Juli werden im Innenausschuss des Landtages Ergebnisse erwartet.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 29.06.2010



Danny Eichelbaum MdL und der Bürgermeister der Stadt Ludwigsfelde Frank Gerhard (SPD) übergaben am 28.06.2010 die Unterschriften für den Neubau der Polizeiwache Ludwigsfelde

Damit das X möglichst hoch ausfällt - Politiker erwarten nach Wachenschließungen Sicherheitsprobleme und wirtschaftliche Nachteile / Proteste gegen Landesregierung geplant

Der Schutzmann an der Ecke ist ein Bild aus vergangenen, vermeintlich glücklicheren Tagen. Dank der in der vergangenen Woche vorgestellten Polizeireformpläne von Brandenburgs Innenminister Rainer Speer wird es ihn auch sobald nicht geben. Von derzeit 50 Wachen sollen noch 15 „plus X“ übrig bleiben. 1900 Stellen werden gestrichen.

Die Polizeiwachen in Zossen und Ludwigsfelde könnten von Speers Streichungsplänen betroffen sein. Während die Zossener Wache schon seit längerem bedroht ist, wollte man in Ludwigsfelde eine neue Wache bauen. Die Stadt hat dafür bereits Grundstücke verkauft und Miethäuser leer geräumt. Als „äußerst bitter“ bezeichnet Ludwigsfeldes Bürgermeister Frank Gerhard (SPD) die Pläne seines Parteikollegen. Er fürchtet um das Image seiner Stadt als Wirtschaftsmotor des Landkreises: „Eine Polizeiwache ist ein Standortfaktor“, so das Stadtoberhaupt. Besonders ärgert ihn, dass die Stadt bereits eine sechsstellige Summe in einen Neubau investiert habe, der schon längst hätte stehen können. „Wir haben alles möglich gemacht und jetzt das!“, ärgert er sich. Aufgeben werde er nicht: „Wir werden massiven Druck auf die Landtagsabgeordneten machen, damit das X möglichst hoch ausfällt.“

Auch Zossens Bürgermeisterin Michaela Schreiber (Plan B) will weiter um die Wache in ihrer Stadt und mehr Polizeipräsenz kämpfen. Speers Pläne kommen für sie nicht überraschend. „Die Kommission war nur ein Feigenblatt“, so Schreiber. Die Ergebnisse der Polizeireform hätten schon lange festgestanden. Sie wolle sich nun an den landesweiten Protesten beteiligen. „Wir haben sogar schon eigene Aktionen geplant“, so Schreiber, „wir wollen die Landesregierung überzeugen, diese Pläne aufzugeben“. Gelingen das nicht, könne man am Ortseingangsschild Kriminelle bald mit einem zusätzlichen Schild „polizeifreie Zone“ anlocken.

Auch Landrat Peer Giesecke (SPD) ist von den Plänen der Landesregierung wenig begeistert. „Das steht im Widerspruch zu dem was wir brauchen“, sagte er über einen möglichen Wachenstandort in Luckenwalde als einzigem im gesamten Kreis. Der Schwerpunkt an Kriminalität liege im Norden. „Vor allem nachts wird es problematisch“, so Giesecke. In Gesprächen mit Polizisten hätten diese ihre Befürchtung geäußert, dass immer weniger Bürger für Zeugenvernehmungen bereit wären, den Weg nach Luckenwalde anzutreten. Das erschwere die Polizeiarbeit zusätzlich. Auch der Landrat fürchtet um den guten Ruf Brandenburgs: „Wir haben hier immer von einer sehr hohen gefühlten Sicherheit profitiert.“

Für Danny Eichelbaum, Mitglied des Brandenburgischen Innenausschusses, sind Speers Pläne „nicht akzeptabel“. Die Schließung von Polizeiwachen sei „ein völlig falscher Ansatz“. Der Landtagsabgeordnete kritisiert die Herangehensweise des Innenministers, das Ziel 1900 Stellen abzubauen bekannt zu geben und dann eine Kommission einzusetzen. „Man hätte zuerst die Aufgaben der Polizei definieren müssen und daraus eine Struktur ableiten“, so Eichelbaum. Er fürchtet um die Sicherheit und damit auch um wirtschaftliche Standortvorteile. Nach der Sommerpause will die CDU dem Landtag ein Gegenkonzept vorlegen.

Rainer Pultz, Leiter der Wache Zossen, sieht dagegen noch nicht alle Messen gesungen. Im Konzept des Innenministers seien „noch viele Sachen offen“. Bis es vom Landtag beschlossen und von der Regierung umgesetzt wird, können noch viele Jahre vergehen.

„Bis 2020 ist eine lange Zeit“, so Pultz. Dennoch bleibe ihm als Beamten im Falle des Falles nichts weiter übrig, als die Vorgaben des Innenministeriums umzusetzen. Dies solle in jedem Fall im Sinne der Bürger geschehen. Als positives Zeichen sieht er, dass der Stellenabbau nicht den Wachwechseleinstellung betrifft und dass es in Zukunft bessere Aufstiegsmöglichkeiten gebe. Trotz der ungewissen Zukunft in Zossen ändere sich zunächst nicht viel. „Meine Kollegen sind weiter motiviert“, sagt Pultz.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 14.07.2010



Danny Eichelbaum unterstützte die Protestdemo der Deutschen Polizeigewerkschaft gegen die geplante Wachenschließung in Ludwigsfelde am 06.07.2010



Steeven Breetz MdL, Frank Bommert MdL und Danny Eichelbaum MdL unterstützten die Volksinitiative gegen die Polizeistrukturereform beim Start der Aktion vor dem Landtag in Potsdam am 08.09.2010

Impressionen aus den letzten Wochen



Danny Eichelbaum beim Besuch der Firma Heise GmbH in Trebbin am 27.08.2010



Danny Eichelbaum zu Besuch bei der 16. allgemeinen Kleintierausstellung des Vereins der Kleintierzüchter Ludwigsfelde D 434 e.V. am 29.08.2010 in Ludwigsfelde



Danny Eichelbaum, Sven Petke, Karin Mayer und die Landesvorsitzende der CDU-Brandenburg Dr. Saskia Ludwig beim Spätsommerfest der CDU Jüterbog am 12.09.2010

Nachrichten aus dem Landtag

Union und FDP streiten über Sicherungsverwahrung CDU will gefährliche Täter nachträglich wegsperren / Kritik von Schöneburg

Das Bundesjustizministerium lehnt eine von der Union ins Gespräch gebrachte nachträgliche Sicherungsverwahrung für freikommende Schwerstkriminelle weiter ab. Nach Beratungen der Justizstaatssekretäre von Bund und Ländern gestern in Berlin teilte das Ressort von Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) mit, einer neuen Form der Unterbringung, die auch die Altfälle erfasst, stünden rechtliche Bedenken entgegen. Nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte müssen bundesweit noch in diesem Jahr 84 Straftäter aus der Sicherungsverwahrung entlassen werden, weil ihre Strafe unrechtmäßig verlängert wurde. Insgesamt gibt es 500 Sicherungsverwahrte.

CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe hatte anders als Leutheusser-Schnarrenberger den Erhalt der nachträglichen Verwahrung gefordert. Rückendeckung erhielt Gröhe auch vom rechtspolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktion in Potsdam, Danny Eichelbaum. Von potentiellen Straftätern dürfe keine Gefahr für die Bürger ausgehen, sagte Eichelbaum.

Die Vertreter der Länder hätten eingeräumt, dass im Umgang mit den freikommenden Straftätern zahlreiche praktische Probleme entstünden, erklärte das Bundesjustizministerium. Es sieht sich von der Mehrheit der Länder darin bestätigt, dass der Bund mit der sogenannten elektronischen Fußfessel seine Möglichkeiten zur Überwachung dieser gefährlichen Täter weitgehend ausgeschöpft habe.

Brandenburgs Justizminister Volkmар Schöneburg (Linke) sagte, dass die Sicherungsverwahrung künftig nur noch bei schweren Sexual- und Gewaltstraftaten Anwendung finden dürfe. Zudem müsse die Zwangsmaßnahme bereits im Urteil verhängt oder vorbehalten sein. Die nachträgliche Sicherungsverwahrung verstoße gegen das Recht und „muss fallen“, so Schöneburg an die Adresse der CDU. Zur künftigen Form der Verwahrung, die Freiräume und mehr Therapieangebote enthalten soll, werde Brandenburg mit Berlin ein Konzept erarbeiten. Erst 2014 werde in Brandenburg der erste von vier Sicherungsverwahrten freikommen.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 07.08.2010

Erziehungsland Brandenburg? - Berlins dealende Kinder: Märkische CDU widerspricht den Berliner Kollegen in der Diskussion um eine Absenkung des Strafmündigkeitsalters

Brandenburgs CDU hat sich angesichts der Diskussion um die jungen Drogendealer in Berlin gegen ein Herabsenken der Strafmündigkeit von derzeit 14 auf 12 Jahre ausgesprochen. „Das ist nicht zielführend und würde nur bewirken, dass noch jüngere Kinder, beispielsweise als Drogendealer eingesetzt werden“, sagte der Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum der Nachrichtenagentur dpa. Er widersprach damit Forderungen der Berliner CDU und von Bundespolitikern seiner Partei. „Wir müssen vielmehr an die Hintermänner ran“, betonte der rechtspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion. „Oft werden die Kinder als Werkzeuge von kriminellen Banden benutzt. Nötig ist deshalb eine Erhöhung der Strafen für erwachsene Täter, die die Kinder anstiften.“ Der Jurist meinte: „Wenn wir wirksam verhindern wollen, dass Kinder für Straftaten missbraucht werden, ist eine Gesetzesänderung unumgänglich.“

In der „Welt am Sonntag“ äußerten sich Politiker von CDU und SPD für eine Unterbringung von Wiederholungstätern unter 14 Jahren in geschlossenen Heimen. Der Kriminologe Christian Pfeiffer empfiehlt dagegen die Betreuung durch speziell ausgebildete Profi-Pflegeeltern.

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) sagte, in geschlossenen Einrichtungen würden die Kinder dem kriminellen Umfeld entzogen, in das sie bei offenen Einrichtungen immer wieder gerieten. Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann (CDU) plädiert ebenfalls für geschlossene Heime. Auch der Innenausschuss-Vorsitzende im Bundestag, Wolfgang Bosbach (CDU) und der Sprecher der SPD-Innenminister, Berlins Innensenator Ehrhart Körting, unterstützen den Vorstoß. Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Konrad Freiberg, sieht das sogar als einzig reelle Maßnahme.

Der Leiter des Kriminologischen Instituts Niedersachsen, Pfeiffer, kritisiert die Forderungen dagegen als „populistische Schnellschusslösung“. Pfeiffer lobt das Konzept des Vereins Arkade in Baden-Württemberg. Dort würden Eltern sehr gut dafür ausgebildet und dann auch sehr gut dafür bezahlt, dass sie zum Beispiel junge Intensivtäter bei sich aufnehmen, zusätzlich würden diese intensiv von Sozialarbeitern betreut, sagte Pfeiffer. Die Erfolgsquoten der „Profi-Eltern“ seien positiv: „Dieses Konzept ist der Heimerziehung weit überlegen und spart dem Staat enorm viel Geld.“

Eichelbaum dagegen betonte, sinnvoll seien aber auch geschlossene Heime für Intensivstraftäter im Kindesalter. „Es gibt besonders drastische Fälle, in denen die erzieherischen Maßnahmen der Jugendämter nicht mehr wirken – hier kann eine Unterbringung in einem geschlossenen Heim als Ultima Ratio erzieherisch die bessere Lösung sein.“ Eichelbaum befürwortet Überlegungen des Evangelischen Jugend- und Fürsorgewerks (EJF), das in Rauen (Oder-Spree) eine entsprechende Einrichtung plant. Auf Gut Johannesberg können nach Angaben der Organisation 36 Plätze für delinquente, strafunmündige und psychisch auffällige Kinder geschaffen werden. „Diese Platzzahl ist völlig ausreichend für den Bedarf von Berlin und Brandenburg“, meinte er. „Wir wollen schließlich keine Kinder-Strafanstalten.“ Es gehe darum, die Kinder für einen begrenzten Zeitraum unterzubringen, um sie mit Hilfe einer intensiven Betreuung und erzieherischen Maßnahmen davon abzuhalten, weitere Straftaten zu begehen.

In Brandenburg gibt es unter anderem in Frostenwalde (Uckermark) bereits Einrichtungen, wo sich die Jugendlichen der ständigen Betreuung nur schwer entziehen können.

Quelle: Potsdamer Neueste Nachrichten, 26.07.2010



Danny Eichelbaum und Bürgermeister Thomas Berger beim gemeinsamen Besuch der Grundschule Trebbin am 22.09.2010 im Rahmen der Bildungstour 2010

Hohe Mehrbelastungen - Gegen Zwangsabgabe für wirtschaftsstarke Kommunen

CDU Teltow-Fläming gegen Zwangsabgabe für wirtschaftsstarke Kommunen: Hierzu erklärt der CDU-Kreisvorsitzende und CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum:

„Voraussichtlich am 31. August 2010 wird die rot-rote Landesregierung die Novelle zum Brandenburger Finanzausgleichsgesetz beschließen.“

Demnach drohen den wirtschaftsstarken Gemeinden im Norden des Landkreises Teltow-Fläming, wie Baruth (Mark), Blankenfelde-Mahlow und Ludwigfelde immens hohe Mehrbelastungen. SPD und Linke planen eine Sonderabgabe für Kommunen, die überdurchschnittliche Gewerbesteuererinnahmen erzielen. Die betroffenen Kommunen sollen 20 % ihrer Mehreinnahmen in den allgemeinen Finanzausgleich einzahlen. Die CDU Teltow-Fläming wendet sich gegen diese Zwangsabgabe.

Die geplante Zwangsabgabe ist eine Strafsteuer für alle Kommunen, die sich um die Ansiedlung von Unternehmen und damit für die Schaffung von Arbeitsplätzen engagiert haben. Die rot rote Landesregierung verstößt damit gegen den Grundsatz der bisherigen Wirtschaftspolitik im Land Brandenburg: „ Stärken stärken.“ Es kann nicht sein, dass Kommunen als Wachstumskerne und Branchenschwerpunkte um Unternehmen werben sollen und für eine erfolgreiche kommunale Wirtschaftspolitik mit einer Sonderabgabe abgestraft werden. Schon heute müssen die drei Kommunen im Norden mit geringen oder keinen Schlüsselzuweisungen des Landes auskommen und tragen mit ihren hohen Kreisumlagezahlungen den höchsten Beitrag für Investitionen des Kreises im strukturschwachen Süden.

Quelle: Blickpunkt, 31.07.2010

Defizite im Strafvollzug aufgezeigt

Der rechtspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Danny Eichelbaum und die rechtspolitischen Sprecherinnen der Landtagsfraktionen von FDP, Linda Teuteberg und von Bündnis 90/Die Grünen, Sabine Niels, führten kürzlich im Landtag Brandenburg ein Fachgespräch zum Thema: „Resozialisierung von Strafgefangenen“ durch. Als Experten waren geladen Herr Werner Marwede von der Justizbehörde Hamburg, die selber schon ein Konzept zur Resozialisierung entworfen hat, Frau Petra Wellnitz, Leiterin der JVA Neuruppin-Wulkow, Herr Steven Feelgood, Psychologe an der JVA Brandenburg, Herr Prof. Dr. Philipp Walkenhorst Leiter des Lehrstuhls für Erziehungshilfe und Soziale Arbeit an der Universität Köln sowie Herr Jörn Weimer, Leiter des Christlichen Jugendzentrum Oranienburg.

Alle Teilnehmer beschrieben ihre derzeitige Arbeitssituation und die Hürden, die ihnen im Wege stehen, um effektive und nachhaltige Arbeit zu leisten. Die Hauptprobleme, die sich aus der Diskussion herauskristallisierten waren zu wenig gut qualifiziertes Personal, fehlende finanzielle Mittel, ein nicht vorhandener Standardkatalog für den Vollzug und die Resozialisierung von Strafgefangenen und die teilweise nicht vorhandene Vernetzung der einzelnen Behörden untereinander.

Den Justizvollzugsanstalten und Psychologen wird das Arbeiten dadurch erheblich erschwert, dass die Verzahnung mit den Ämtern in Brandenburg nicht funktioniert.

Wenn Strafgefangene die Haft antreten, sind mit dem Fall meist schon viele Behörden in Kontakt gekommen. Angefangen vom Jugendamt über die Schulen bis hin zur Polizei. Hier ist der Austausch von Daten, die notwendig für die Einstufungen und Einschätzungen sind, oft schwierig, was unter anderem an den Datenschutzvorschriften liegt. Bei den Kurzstrafanstalten in denen die Gefangen maximal 2 Jahre einsitzen, muss der Ablauf und das weitere Fortgehen sehr schnell abgestimmt werden. Fragen über den offenen Vollzug und Therapiemöglichkeiten müssen möglichst schnell geklärt werden. Jedoch ist das aufgrund fehlender Daten und fehlender Kooperationen oft nur schwer möglich. Ein weiteres gravierendes Problem ist das Übergangsmanagement. Die Gefangenen müssen schon während der Haft auf die Wiedereingliederung in das gesellschaftliche Leben nach der Haft vorbereitet werden. Ebenfalls bedarf es einer konkreten auf diesen Fall abgestimmten Nachsorge, damit das Rückfallrisiko minimiert werden kann und die ehemaligen Häftlinge einen Vertrauten an ihre Seite bekommen. Hierzu bedarf es forensischer Ambulanzen zur Nachbetreuung. Bei der Behandlung sind Prioritäten zu setzen und die Behandlungsmethoden sind den Bedürfnissen der Einzelnen anzupassen. Nur hierdurch kann die Rückfallquote verringert werden.

Ebenfalls mangelt es in den Justizvollzugsanstalten an qualifiziertem Personal. Es gibt zu wenig Sozialarbeiter und Psychologen, so dass auch die Arbeit mit den Strafgefangenen oft nicht ausreichend ist. Es müssen für den Bereich der Resozialisierung Standards festgeschrieben werden, um eine effektive Resozialisierungsarbeit zu leisten. Für alle Beteiligten muss festgeschrieben werden, wie die Maßnahmen und Möglichkeiten aussehen und wie die Institutionen ausgestattet sind. Behandlungsmethoden, Behandlungsdauer und Diagnostik dürfen nicht personenabhängig sein. Standards sind ebenfalls notwendig für die Ausbildung von Personal, Anstaltsleitung, Psychologen und Sozialarbeitern. Ebenfalls für den Bereich des Datenaustausches und der Vernetzung. Es bedarf eines durchlässigen Systems, damit Informationen ausgetauscht werden können. Die Standards müssen abgestimmt werden sowohl auf den stationären, als auch den ambulanten Bereich. Auch die Kooperation der einzelnen Bundesländer auf diesem Gebiet muss besser funktionieren. Die Zusammenarbeit mit sozialen Trägern ist wichtig, hier ist die Versorgung und auch die Finanzierung zu überdenken.

Fraglich ist, ob diese Regelungen in Brandenburg in das Strafvollzugsgesetz mit aufgenommen werden sollen, oder ob es ein neues Resozialisierungsgesetz geben soll. Zum Thema Personalausstattung und Resozialisierung im Brandenburger Strafvollzug hat der Abgeordnete Danny Eichelbaum bereits Kleine Anfragen an die Landesregierung gestellt. Im Februar 2011 soll zu diesem Thema eine Podiumsdiskussion stattfinden, um sich mit den betroffenen Institutionen noch einmal abzustimmen. Für das weitere Vorgehen werden die Erstellung eines Antrages oder die Erstellung eines Gesetzentwurfes in Betracht gezogen.

Quelle: Pressemitteilung vom 08. 09.2010



Danny Eichelbaum beim Fachgespräch zum Thema Strafvollzug in Brandenburg mit den Teilnehmern der Fraktionen Bündnis90/Die Grünen und der FDP am 03.09.2010

Nachrichten aus dem Landkreis Teltow-Fläming

Deckel drauf - Abgeordnete verpassten sich selbst einen Maulkorb, umstrittene Kreisgeschäfte sollten hinter verschlossenen Türen behandelt werden. Das geht zu weit, hat jetzt die Verwaltung erkannt

Potsdam/Luckenwalde

Es sollte schnell gehen. Man wollte sich nicht lächerlich machen. Deshalb verzichtete man lieber auf eine Prüfung durch das Innenministerium- obwohl die sogenannte Beteiligungsrichtlinie von Teltow-Fläming die Rechte der Kreistagsmitglieder empfindlich beschneidet und die Öffentlichkeit aussperrt. Und zwar immer dann, wenn es um die Kreisgeschäfte geht. Eine große Mehrheit mit Stimmen von SPD, Linken, FDP, Grünen und Bauernverband verabschiedete das Papier vergangene Woche im Luckenwalder Kreistag. Landrat Peer Giesecke (SPD) hatte die Vorlage eingereicht. Die Richtlinie regelt die Rolle des Kreises als Wirtschaftsakteur, legt fest, wie die Gesellschaften, an denen sich der Kreis beteiligt, verwaltet und kontrolliert werden.

"Die Kommunalverfassung fußt auch auf dem Grundsatz der Öffentlichkeit", sagt der Abgeordnete Danny Eichelbaum (CDU) dagegen. "Dieser Grundsatz wird durch die Richtlinie eindeutig verletzt." Eichelbaum hält den Beschluss des Kreistages für verfassungswidrig. Der Wirtschafts- und Finanzausschuss würde damit grundsätzlich hinter verschlossenen Türen tagen, wenn es um die Kreisgesellschaften geht. Laut Verfassung ist die Nicht-Öffentlichkeit aber die Ausnahme. Die Beteiligungen des Kreises am Flugplatz Schönhagen oder an der Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft sind nicht unumstritten. Allein dem defizitären Flugplatz überweist der Kreistag jährlich knapp eine Million Euro.

"Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft ist in einer finanziellen Schieflage", sagt Eichelbaum, der in Land- und Kreistag sitzt. „Dass die Bürger künftig draußen bleiben müssen, wenn es um diese Themen geht, sei kein Zufall. Der Landrat will verhindern, dass es in der Öffentlichkeit weiterhin zu kritischen Diskussionen kommt", glaubt er.

Die Richtlinie regelt noch mehr. Die Abgeordneten verpflichten sich zur Verschwiegenheit über Beteiligungsangelegenheiten, ganz so, als säßen sie im Aufsichtsrat eines Unternehmens. Unter Umständen wären die Abgeordneten bei Verstößen entsprechend haftbar zu machen. Die Mandatsträger verpassen sich selbst einen Maulkorb, meint Eichelbaum. Seine Fraktion werde die Kommunalaufsicht einschalten. Eine Prüfung durch das Innenministerium hatte auch der Kreistagsvorsitzende Christoph Schulze (SPD) angekündigt. Die Prüfung ist womöglich hinfällig. Dass Teile der Richtlinie vielleicht nicht ganz mit der Kommunalverfassung in Einklang stehen, hat man inzwischen in der Kreisverwaltung erkannt. Wilfried Henschel, Kreisbeauftragter für Wirtschaftsförderung, räumt gestern gegenüber der MAZ ein, dass die Richtlinie missverständliche Formulierungen enthalte. Kaum war das Papier verabschiedet, habe man in der Verwaltung entschieden: "Wir müssen das präziser fassen." Das soll bis zur nächsten Kreistagsitzung Anfang November geschehen sein. Die Ausschüsse sollen nur noch nach vorheriger Prüfung und im Einzelfall unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden, wenn es um wirtschaftlich sensible Daten geht, für die sich auch die Konkurrenz interessiert. Die Mandatsträger sollen keine Quasi-Aufsichtsratsmitglieder mehr sein. Schließlich schreibt schon die Kommunalverfassung vor, dass Informationen in nicht-öffentlicher Sitzung nicht herausposaunt werden dürfen. In dem Zusammenhang habe man das Kommunalrecht wohl ein wenig zu stiefmütterlich behandelt, heißt es.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 23.09.2010

„Sieg auf der ganzen Linie“ - Minister Schöneburg gibt dem Amtsgericht in Zossen eine Zukunft

Die gestrige Ankündigung von Brandenburgs Justizminister Volkmar Schöneburg (Die Linke), dass das Amtsgericht Zossen erhalten bleibt, ist querbeet in allen Parteien auf Zustimmung gestoßen. Der SPD-Landtagsabgeordnete Christoph Schulze spricht von einem „Sieg auf der ganzen Linie“. Auch die beiden CDU-Landtagsabgeordneten und Mitglieder des Rechtsausschusses, Sven Petke und Danny Eichelbaum, „begrüßen ausdrücklich“ den Erhalt des Amtsgerichtes. Der Kampf für den Gerichtsstandort Zossen habe sich gelohnt, hieß es gestern von allen Seiten. Auch Rechtsanwalt Klaus Sobczak, der stets in führender Position gegen die Pläne zur Schließung kämpfte, ist „sehr zufrieden“ mit der Entscheidung. „Ich freue mich sehr, noch dazu, weil die Meldung quasi wie ein Geschenk zum 20-jährigen Bestehen unserer Anwaltskanzlei in Zossen kam“, so der Jurist, der das „Kind fast schon in den Brunnen gefallen“ gesehen hatte. Über Parteigrenzen hinweg hatten sich zuletzt Kritiker der Schließung stark gemacht, um die von Fachleuten als „absolut schwachsinnig“ bezeichneten Pläne zu verhindern. Während Eichelbaum der SPD und deren ehemaligem Finanzminister Rainer Speer den Schwarzen Peter zuschob, hatte die SPD – allen voran Christoph Schulze – immer wieder betont, dass es die frühere CDU-Ministerin Beate Blechinger gewesen sei, auf deren Veranlassung hin per Gesetz das Amtsgericht in Zossen geschlossen werden sollte. Demzufolge sollten die Bürger aus dem Altkreis Zossen auf Königs Wusterhausen und Luckenwalde „aufgeteilt“ werden.

Nicht nur für Eichelbaum steht indes fest, dass das Amtsgericht Zossen jetzt eine Zukunft hat. „Für das mittelgroße Gericht, das jetzt schon mit steigenden Fallzahlen konfrontiert wird, spielt auch die Nähe zum zukünftigen Großflughafen BBI eine wichtige Rolle“, erklärte er in einer Pressemitteilung.

Der CDU-Politiker forderte Innenminister Speer (SPD) und die Landesregierung auf, nun auch ihre Pläne für die Schließung der Polizeiwachen in Zossen und Ludwigsfelde aufzugeben. Auch Christoph Schulze glaubt, dass „diese Sache Hoffnung im Hinblick auf die Polizeireform gibt“. Man könne in Brandenburg Sachpolitik machen, die aus Argumenten erwächst, und man könne vernünftige Mitstreiter im Land finden und Mehrheiten für vernünftige Lösungen finden, so der SPD-Politiker. Er sei dankbar, dass der neue Justizminister „vorurteilsfrei, sachkundig und die Interessen der Bürger im Auge, die Sache geprüft und entschieden hat. Zossens Bürgermeisterin Michaela Schreiber (Plan B) erreichte die Meldung während der Vorbereitungen fürs Weinfest. „Das ist ja mal 'ne gute Nachricht“, erklärte sie spontan. (Von Fred Hasselmann)

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 08.09.2010



Vor-Ort Termin bei der Bürgerinitiative
"Rettet den Rohrteich" in Jüterbog am
01.09.2010

Noch Zeit einräumen - Widerspruchsbescheide müssen noch nicht an die WAZ Jüterbog gehen

WAZ Jüterbog-Fläming verzichtet vorerst auf Erstellung von Widerspruchsbescheiden. Hierzu erklärt der CDU-Landtagsabgeordnete und Jüterboger CDU- Stadtverordnete Danny Eichelbaum:

Der WAZ Jüterbog-Fläming verzichtet vorerst im Streit um die Heranziehung von Altanschießern auf die Erstellung von Widerspruchsbescheiden. In einem Schreiben des Präsidenten des Verbandes Deutscher Grundstückbenutzer e.V., Peter Ohm, an den CDU-Landtagsabgeordneten Danny Eichelbaum vom 3.8.2010 heißt es: „ ...dass das massive Aufbegehren... letztendlich zu einem Umdenken in der Führungsspitze des WAZ Jüterbog-Fläming zur Führung von Musterprozessen geführt hat. Der WAZ hat nunmehr zumindestens die Option von Musterverfahren nach Abschluss eines im September terminierten Verfahrens eingeräumt und verzichtet bis dahin auch auf die weitere Erstellung von Widerspruchsbescheiden.

Die Revidierung dieses fragwürdigen und bürgerunfreundlichen Verhaltens durch den WAZ Jüterbog-Fläming ist ein Schritt in die richtige Richtung. Damit besteht die Möglichkeit, dass sich die Rechtsposition der Betroffenen bis zur endgültigen Entscheidung des Verwaltungsgerichtes nicht verschlechtert, so Eichelbaum. Nach dem Zugang der Widerspruchsbescheide blieb den Betroffenen nur noch 1 Monat Zeit, um gegen die Beitragsbescheide Klage zu erheben.

Seit Ende des letzten Jahres hat der WAZ Jüterbog-Fläming als einer der ersten Zweckverbände in Brandenburg damit begonnen, in Jüterbog Altanschießerbeiträge von Grundstückseigentümern zu erheben. Viele Grundstückseigentümer sind finanziell nicht in der Lage, die Anwalts- und Gerichtskosten von Klagen gegen die Beitragsbescheide allein zu tragen. Für diese Fälle gibt es die Möglichkeit, sogenannte Prozessgemeinschaften zu bilden. Deren Beteiligte finanzieren gemeinsam ein oder zwei Musterverfahren. Die Verfahrenskosten für die Kläger werden somit erheblich minimiert. Auch in Jüterbog wollen sich viele zusammenschließen.

Quelle: Blickpunkt, 28.08.2010



Arbeitsbesuch des Arbeitskreises III der CDU-Landtagsfraktion im Landkreis Spree-Neiße, u.a. mit einer Besichtigung der Polizeiwache in Guben und einem Gespräch mit dem Bürgermeister der polnischen Stadt Gubin, Herrn Bartłomiej Bartczak am 20.09.2010

Danksagung und Wunschliste - Vertreter der CDU bei der Feuerwehr / Risikoreiche Einsätze auf dem Schießplatz

Den Humor hat Lutz Selent nicht verloren. Auf eine Bemerkung zu seiner sonnengebräunten Haut erwidert der Jüterboger Ortswehrführer trocken: „Das ist angekokelt.“ Einen solchen Witz dürfen wohl nur diejenigen machen, die sich in diesem Sommer tatsächlich in Gefahr befanden – beim bisher größten Brand auf dem ehemaligen Schießplatz Jüterbog.

Der ist nun Geschichte, dafür könnte einer der nächsten Zusammenkünfte im Feuerwehrdepot in der Friedrich-Ebert-Straße entspannt bei Kaffee und Keksen oder einer Flasche Bier ausklingen, spendiert von Mitgliedern der CDU. Zu den Überbringern gehörten Anfang der Woche sowohl Karin Mayer, Ortsverbandsvorsitzende, und Arne Raue als auch der Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum und der stellvertretende Landesvorsitzende Sven Petke. Sie würdigten den Einsatz der freiwilligen Feuerwehrleute und erkundigten sich nach Problemen, speziell auf dem munitionsbelasteten Gelände.

Ortswehrführer Selent freute sich über die Wahrnehmung und Anerkennung. Wichtiger wäre ihm jedoch, wenn wenigstens die von der Feuerwehr benutzten Hauptwege auf dem ehemaligen Schießplatzgelände frei von alter Munition wären. Nur wenige Abschnitte, ein Bruchteil, sind tatsächlich geräumt. Munitionsfrei ist auch der von der Forst und der Stiftung Naturlandschaften geschaffene Brandschutzstreifen. Bei dem Brand in diesem Jahr hatte es schwere Explosionen gegeben. „Die Wehrmachtsmunition hat einen hohen Phosphoranteil und geht deshalb bei Sonneneinstrahlung schnell hoch“, so der Feuerwehrmann. Mit jedem weiteren Brand wächst die Gefahr. Sven Petke versprach, sich dieses Problemes anzunehmen. Nachhaken will er auch, warum die Bundeswehr nicht herangezogen wird und wieso bei dem Großbrand im Juli kein Katastrophenalarm ausgelöst wurde. (Von Martina Burghardt)

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 25.08.2010



Danksagung an die Feuerwehr Jüterbog am 23.08.2010 – Danny Eichelbaum, Sven Petke und Karin Mayer bedanken sich bei den Feuerwehrleuten der Feuerwehr Jüterbog für deren unermüdlichen Einsatz im Zuge des Brandes auf dem ehemaligen Schießplatz Jüterbog

Ausgewählte Termine im Monat Oktober

3.10.2010

- 10 Uhr Empfang anlässlich des Tages der Deutschen Einheit in Jüterbog

4.10.2010

- 18 Uhr Gesprächsrunde des Bundes der Staatsanwälte in Potsdam

5.10.2010

- 10 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion in Potsdam
- 12.30 Uhr Sitzung des Arbeitskreises Innen-, Rechts- und Umweltpolitik in Potsdam

6.10.2010

- Plenum des Landtages Brandenburg (ganztägig)
- 19 Uhr Parlamentarischer Abend des Landesfeuerwehrverbandes in Potsdam

7.10.2010

- Plenum des Landtages Brandenburg (ganztägig)

11.10.2010

- 17 Uhr Sitzung des Kreisausschusses in Luckenwalde

12.10.2010

- 10 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion in Potsdam
- 12.30 Uhr Sitzung des Arbeitskreises Innen-, Rechts- und Umweltpolitik in Potsdam

13.10.2010

- 19 Uhr CDU-Veranstaltung zur Gesundheitspolitik in Jüterbog

14.10.2010

- 8.30 Uhr Unternehmerfrühstück in Ludwigsfelde

19.10.2010

- 10 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion in Potsdam
- 12.30 Uhr Sitzung des Arbeitskreises Innen-, Rechts- und Umweltpolitik in Potsdam

25.10.2010

- Haushaltsklausur der CDU-Landtagsfraktion in Potsdam (ganztägig) 26.10.2010
- Haushaltsklausur der CDU-Landtagsfraktion in Potsdam (ganztägig)

27.10.2010

- 19 Uhr Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Jüterbog

28.10.2010

- 10 Uhr Sitzung des Rechtsausschusses in Potsdam
- 13 Uhr Sitzung des Innenausschusses in Potsdam

*Impressum: Wahlkreisbüro Danny Eichelbaum MdL, Albert-Tanneur-Straße 27, 14974 Ludwigsfelde
Tel: 03378/5480888 Fax: 03378/5480886 E-Mail: info@danny-eichelbaum.de*